



In ihrer Verantwortung für die Sicherung des Friedens sind sich die Staaten der sozialistischen Völkergemeinschaft einig über die besondere Gefährlichkeit des in zwei Weltkriegen geschlagenen, aber unbelehrbar gebliebenen deutschen Imperialismus und Militarismus.

Die Repräsentanten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages gelangten auf der Bukarester Tagung 1966 zu der Einschätzung, daß die aggressiven Machenschaften der imperialistischen Kräfte der USA und Westdeutschlands eine ernste Bedrohung des Friedens in Europa und in der ganzen Welt darstellen.

Diese Einschätzung hat sich in der seit dieser Tagung vergangenen Zeit durch die forcierte Atomrüstungs-, Revanche- und Expansionspolitik der Bonner Regierung sowie ihre verstärkten Bestrebungen zur Aufrechterhaltung ihrer Alleinvertretungsanmaßung vollauf bestätigt.

Die Festigung des auf dem aggressiven Antikommunismus beruhenden Komplotts zwischen Washington und Bonn hat zu einer weitergehenden Annäherung der beiderseitigen militärpolitischen und militärstrategischen Konzeptionen geführt.

Der Bonner Staat, in dem das Steuerrad der Regierung in die Hände der revanchistischen und militaristischen Kräfte gelangte, wurde zur Hauptstütze der Globalstrategie der USA in Europa. Die USA und Westdeutschland bilden gegenwärtig die aggressive Vorhut des Weltimperialismus, die den Vormarsch der Kräfte des Friedens und des Sozialismus mit zunehmenden politischen und militärischen Aggressionshandlungen aufhalten und zurückdrängen wollen.

Das von der Bonner Regierung verkündete sogenannte Stufenprogramm für die Neuordnung Europas zielt auf die Liquidierung des Sozialismus in Europa im allgemeinen und in der Deutschen Demokratischen Republik im besonderen ab.